
Fernschreiben von dem Prager DDR-Botschafter Helmut Ziebart an Außenminister Oskar Fischer

Ab dem 4. November 1989 konnten DDR-Bürgerinnen und Bürger formlos über die Grenze zur Tschechoslowakei in die Bundesrepublik ausreisen. Tausende Menschen nutzten daraufhin die neue Ausreiseregulation über den Umweg durch das Nachbarland. Die tschechoslowakischen Genossen waren mit dieser Lösung jedoch höchst unzufrieden, wie aus Prag berichtet wurde.

Im November 1989 mussten SED und Staatssicherheit unter dem Druck der Bürgerbewegung immer weiter zurückweichen. Die Diktatur befand sich in einer offenen Krise. Davon blieb auch das Ministerium für Staatssicherheit nicht verschont.

Die Öffnung der Westgrenze der DDR am 9. November hatte die Diktatur gebrochen. 28 Jahre hatten Mauer und Stacheldraht Land und Menschen getrennt. Der neuen SED-Führung unter Egon Krenz war in den Wochen zuvor klar geworden, dass sie nicht darum herum kommen würde, die Grenze ein Stück weit zu öffnen. In Kommissionen, an denen auch Vertreter der Staatssicherheit beteiligt waren, wurde über ein neues "Reisegesetz" beraten.

Am 6. November 1989 veröffentlichte die SED-Führung im Parteiorgan "Neues Deutschland" den Entwurf einer neuen Regelung. Dieser Gesetzentwurf wäre noch im September 1989 eine Sensation gewesen. Jetzt stellte er niemanden mehr zufrieden, weil das Regime bereits erkennbar geschwächt war. Nach der geplanten Regelung sollten zwar (fast) alle jedes Jahr für einige Wochen in den Westen reisen dürfen, aber weiterhin würden Antrag und Genehmigung (Visum) der Staatsorgane erforderlich sein. Auf Demonstrationen, etwa in Leipzig, attackierten die Rednerinnen und Redner den Entwurf als Ausdruck der alten Machtanmaßung.

Das SED-Politbüro geriet weiter unter Druck. Besonders dringlich war das Problem derjenigen, die die DDR für immer verlassen wollten. Am 4. November war die Grenze zur Tschechoslowakei, die einen Monat zuvor gesperrt worden war, wieder geöffnet worden. Das bedeutete: Da DDR-Bürgerinnen und -Bürger inzwischen von dort direkt in die Bundesrepublik ausreisen konnten, bestand die Mauer zwar noch, doch sie konnte gefahrlos umgangen werden.

Der Botschafter der DDR in der Tschechoslowakei, Helmut Ziebart, teilte Außenminister Oskar Fischer am 8. November 1989 mit, dass die tschechoslowakischen Genossen nicht mehr länger bereit seien, die Tschechoslowakei als Transitland für DDR-Flüchtlinge nutzen zu lassen. Sie forderten, diese Menschen direkt aus der DDR in die Bundesrepublik ausreisen zu lassen.

Signatur: BStU, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 553, Bl. 2

Metadaten

Dienst Einheit: DDR-Botschafter
Helmut Ziebart
Überlieferungsform: Dokument

Datum: 8.11.1989
Rechte: BStU

Fernschreiben von dem Prager DDR-Botschafter Helmut Ziebart an Außenminister Oskar Fischer

HVA-Lagezentrum, Tel. 27 351	
Eingang: 08.11.89	
<input checked="" type="checkbox"/>	Gen. Minister
<input checked="" type="checkbox"/>	Generaloberst Mittag
<input checked="" type="checkbox"/>	Generaloberst Großmann
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalleutnant Neiber
<input type="checkbox"/>	Generalleutnant Schwanitz
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Rummel
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Vogel
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Gever
<input checked="" type="checkbox"/>	Generalmajor Prosetzky
<input type="checkbox"/>	Oberst Devaux
<input type="checkbox"/>	Generalmajor Tauchert
HA 11	Abt. X
ZAIG	ZOS

BSU
000002

prag blitz

ct 143/89 . ausf.

gen. oskar fischer
gen. ott
gen. schwiesau

1.
gen. sadovsky bat mich am 8.11. ins fmfaa und teilte mir mit, dasz bei der regierung der cssr und im zk der kptsch viele anfragen und eingaben aus der bevoelkerung der bezirke nord- und westboehmen eingehen, die unverstaendnis darueber aeuszern, dasz die ausreise von ddr-buergern in die brd seit dem 3.11. ueber cssr-territorium praktiziert wird. 'ausgehend von diesem druck' in den beiden genannten, aber auch anderen bezirken der cssr bat gen. sadovsky, 'im auftrag der regierung der cssr und der abteilung internationale politik des zk' das ersuchen zu uebermitteln, die ausreise von ddr-buergern in die brd 'direkt und nicht ueber das territorium der cssr' abzuwickeln.

ich erwiderte gen. sadovsky, dasz mit der jetzigen zeitweiligen praxis einer anregung des generalsekretars des zk der kptsch zur entkrampfung der situation am vergangenen wochenende entsprochen wurde, um die damalige situation in der brd-botschaft und damit in prag zu veraendern. desweiteren habe ich am 7.11. gen. lenart darueber informiert, dasz in der ddr erwogen wird, ausreiseregulungen vor annahme des reisegesetzes zu treffen. sadovsky erwiderte, man befuerchte, dasz das noch eine weile dauern werde und stelle deshalb das o. g. ersuchen.

2.
ich uebergab gen. sadovsky eine note der botschaft im auftrage der regierung der ddr zur zeitweiligen aussetzung des zusatzprotokolls ueber den visafreien reiseverkehr entsprechend dem text des telegramsms ct 118 des gen. h. ott. gen. sadovsky nahm die note entgegen und versprach ihre weiterleitung. er bat jedoch zu pruefen, ob man im 1. satz nicht die feststellung ...'auf ersuchen der regierung der ddr' einfuegen koennte. ich sagte eine pruefung dieser frage zu. gen. sadovsky bemerkte, dasz gen. langer den auftrag erhalten hat, das in pkt. 1 dargelegte anliegen in berlin ebenfalls vorzutragen.

ziebart
08.11.

ZKB

Signatur: BStU, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 553, Bl. 2

Blatt 2